

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Kämmereiamt

**Haushaltsjahr 2005
Bericht über den Verlauf der
Haushaltswirtschaft zum 30.06.2005**

Informationsvorlage

Beschlusslauf!
Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	13.07.2005	N	☐ ja ☐ nein	
Gemeinderat	27.07.2005	Ö	☐ ja ☐ nein	

Inhalt der Information:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung über den Verlauf des Haushaltsjahres 2005 zur Kenntnis.

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2005

Ergebnis der nicht-öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2005

- 3 **Haushaltsjahr 2005**
 Bericht über den Verlauf der Haushaltswirtschaft zum 30.06.2005
 Informationsvorlage 0111/2005/IV

Es melden sich zu Wort:
Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Nimis

Herr Lenz berichtet über die aktuelle Prognose Stand 30.06.2005. Es besteht derzeit insgesamt – unter Berücksichtigung der für 2005 vorgesehenen Maßnahmen zur Zukunftssicherung - eine negative Planabweichung in Höhe von 4,4 Mio. €, die durch haushaltswirtschaftliche Maßnahmen (Beibehaltung der Haushaltssperre und der Bewirtschaftungssperre, Herausnahme der Jahresüberträge aus der Bewirtschaftung) auszugleichen ist. Herr Stadtrat Lachenauer bittet um Information, wie sich diese Abweichung auf die geplante Zuführung und die Mindestzuführung 2005 sowie die Situation in 2006 auswirkt. Dies wird bis zum Gemeinderat am 27.7.2005 zugesagt.

gez.
Bürgermeister Dr. Joachim Gerner

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 27.07.2005

Ergebnis: Kenntnis genommen

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Unmittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: **Ziel/e:**
(Codierung)

QU 1 Solide Haushaltswirtschaft

Begründung:

Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über den Verlauf der Haushaltswirtschaft sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei allen ihren Entscheidungen die aktuelle finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist.

2. Mittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes im Sinne eines fachübergreifenden Ansatzes

Nummer/n: **Ziel/e:**
(Codierung)

keine

Begründung:

keine

Begründung:

1. Ausgangssituation

Am 17.03.2005 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2005 / 2006 beschlossen. Im Haushaltsjahr 2005 hat der Verwaltungshaushalt ein Volumen von rd. 416 Mio. € und der Vermögenshaushalt von rd. 52 Mio. €. Die Haushaltsplanaufstellung erfolgte vor dem Hintergrund nach wie vor niedriger Einnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt i. H. v. 3,6 Mio. € konnte in 2005 trotz erheblicher Kürzungen bei der Planaufstellung (u. a. über Strukturmaßnahmen), der Aufnahme einer Globalen Minderausgabe i. H. v. 1,0 Mio. € in den Plan sowie der Erhöhung der Hebesätze bei der Grund- und der Gewerbesteuer nicht erreicht werden. Der fehlende Differenzbetrag von 1,2 Mio. € soll daher in 2006 zusätzlich vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich weiterer unerwarteter Haushaltsbelastungen wurde eine Haushaltssperre i. H. v. 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben vom Gemeinderat beschlossen.

2. Bisherige Prognose (Stand 15.04.2005)

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.05.2005 haben wir über den Verlauf des Haushaltsjahres 2005 berichtet. Auf Basis einer ersten Prognose haben wir mit Einnahmeausfällen i. H. v. 5 Mio. € gerechnet, vor allem verursacht durch die Entwicklung bei der Gewerbesteuer (Mindereinnahmen i. H. v. 3 bis 3,5 Mio. €) und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (0,5 bis 0,8 Mio. €). Hinzu kommen mit kleineren Beträgen Einnahmeausfälle von insgesamt rund 1 Mio. € in verschiedenen anderen Bereichen. Diese Prognose haben wir insbesondere bei der Gewerbesteuer unter den Vorbehalt der weiteren Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres gestellt.

Auf Vorschlag der Verwaltung hat daher der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, die vom Gemeinderat im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts beschlossene Haushaltssperre in Höhe von 1 Mio. € vorläufig beizubehalten. Außerdem hat die Verwaltung vorläufig die interne Bewirtschaftungssperre i. H. v. 20 % aufrecht erhalten, damit der Gemeinderat im 2. bzw. 3. Quartal Entscheidungsspielraum für möglicherweise notwendige Einsparmaßnahmen hat.

Diese Vorgehensweise entspricht der aus den Vorjahren, in denen wir unterjährig mit noch erheblich höheren Einnahmeausfällen konfrontiert waren. Dort hat sich dieses Vorgehen bewährt, denn es ist uns mit einer vorsichtigen Mittelbewirtschaftung jeweils gelungen, den Haushaltsausgleich zu erreichen. Außerdem hat sich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten für 2004 gezeigt, dass wir nicht – wie noch Mitte 2004 angenommen – alle Jahresüberträge der Ämter zum Haushaltsausgleich 2004 einsetzen müssen sondern dass wir diese Mittel nur anteilig benötigen. Damit haben wir die Möglichkeit, die noch verbliebenen Mittel nach 2005 zu übertragen und erforderlichenfalls ebenfalls zum Ausgleich eines möglichen Fehlbetrags in 2005 einzusetzen.

3. Aktuelle Prognose (Stand 30.06.2005)

Die Einschätzungen, die wir in unserer Prognose vom 15.04.2005 getroffen haben, haben sich weitgehend bestätigt. Neben kleineren Verschlechterungen i. H. v. insgesamt 0,2 Mio. €, sind nur in 2 Fällen deutliche Abweichungen zu verzeichnen. Dies betrifft zum einen die Einnahmen aus dem Soziallastenausgleich, die um rund 0,8 Mio. € unter dem Planansatz liegen. Ursache hierfür ist, dass die Sozialhilfeausgaben je Einwohner in Heidelberg im maßgeblichen Bezugsjahr 2003 weniger stark angestiegen sind als im Landesdurchschnitt und daher die Ausgleichsleistungen, die wir erhalten, niedriger sind als kalkuliert. Positiv hingegen entwickeln sich die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, für die uns die Zuständigkeit zum Jahresbeginn im Rahmen der Verwaltungsreform vom Land übertragen worden ist. Hier liegen die Fallzahlen unter den in der Planung getroffenen Annahmen. Minderausgaben i. H. v. voraussichtlich 1,6 Mio. € sind die Folge.

Für den Gesamthaushalt bedeutet dies, dass wir aktuell davon ausgehen, dass wir insgesamt um rund 4,4 Mio. € (bisher 5,0 Mio. €) unter der veranschlagten Zuführung liegen. Damit hat sich die Situation gegenüber unserer letzten Prognose leicht verbessert. Daher werden wir zunächst an den bisher getroffenen Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltsausgleichs festhalten. Dies sind:

- vorläufige Beibehaltung der Haushaltssperre i. H. v. 1,0 Mio. €,
- vorläufige interne Bewirtschaftungssperre i. H. v. 20 % zum Erhalt des Handlungsspielraums und
- vorläufige Herausnahme der Jahresüberträge aus der Bewirtschaftung, wobei wir hier im 2. Halbjahr in Verwaltungszuständigkeit in Abhängigkeit vom Bedarf in den einzelnen Ämtern Teilbeträge zur Bewirtschaftung freigeben wollen.

gez.

Beate Weber